



Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Verfassung, Recht und
Parlamentsfragen**

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten
Markus Rinderspacher, Bernhard Roos,
Annette Karl u.a. und Fraktion (SPD)**
Drs. 17/12137

**Elementarversicherung als Tatbestand für eine
gesetzliche Versicherungspflicht prüfen**

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Horst Arnold**
Mitberichterstatlerin: **Petra Guttenberger**

II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen und der Ausschuss für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie haben den Dringlichkeitsantrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 55. Sitzung am 14. Juli 2016 beraten und mit folgendem Stimmerngebnis:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Enthaltung
B90/GRÜ: Enthaltung
Ablehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 48. Sitzung am 27. September 2016 mitberaten und mit folgendem Stimmerngebnis:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Enthaltung

B90/GRÜ: Enthaltung
Ablehnung empfohlen.

4. Der Ausschuss für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 53. Sitzung am 29. September 2016 mitberaten und mit folgendem Stimmerngebnis:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Enthaltung
B90/GRÜ: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.

Franz Schindler
Vorsitzender